

Die Wohnungsfrage in Groß-Berlin. In einer Versammlung, die der Bürgerbund Groß-Berlin gestern nach dem Abgeordnetenhaus einberufen hatte, suchte Kommerzienrat Haberland in längerer Rede ein Bild von den Schwierigkeiten zu geben, die nach seiner Ansicht den Hausbesitz nach der Beendigung des Krieges erwarten: Besonders infolge der jahrelang unterbliebenen Ausbesserungen, auf die mindestens 10 v. H. der Mieten zu verwenden sein würden. Andererseits würde der Hausbesitz aber etwa 35 v. H. der Mieten brauchen, um leben zu können. Wenn man nun in Aussicht nehme, die aus dem Felde Zurückkehrenden in eigenen Kleinhäusern mit Garten unterzubringen und zu diesem Zweck Neubauordnungen zu entwerfen, so würde der Grundbesitzer, der seit Eigentum auf Grund der alten Bauordnung erworben hat, so stark benachteiligt werden, daß ihm der Bau von Kleinwohnungen unmöglich sein würde, zumal die Herstellungskosten um 100 v. H. gegenüber der Zeit vor dem Krieg gestiegen sein werden. Man würde also gerade das verhindern, was man zu erreichen strebt. Kommerzienrat Haberland kommt zu dem Schluß, daß man sich hüten möge, sich mit unproduktiven Anlagen zu belasten, wie mit Paraden und ähnlichen Rothbauten. Dagegen müsse man sich ausschließlich endgültigen bleibenden Bauten zuwenden, und zwar unter Uebernahme der 100 v. H. Mehrkosten auf das Reich oder die Gemeinden. Das ganze Geheimnis sei, daß man für eine ausreichende Kohlenbelieferung Sorge, damit die Ziegeleien wieder in Betrieb gesetzt werden könnten. Bürgermeister Wa l g e r - Friedenau verurteilte den Plan, die Familien der Zurückkehrenden in größeren bewohnten Wohnungen unterzubringen, als unwirtschaftlich und unsozial, ebenso den Gedanken, Schulen für diesen Zweck heranzuziehen. Auch nach seiner Ansicht bleibe nichts anderes übrig als die Herstellung von Dauerwohnungen unter finanzieller Beihilfe der maßgebenden Faktoren.